



Politischer Wandel im Schnecken tempo

Angola nach dem Bürgerkrieg

von Dr. Sabine Fandrych

Das Wichtigste auf einen Blick

- Anderthalb Jahre nach dem plötzlichen Kriegsende in Angola ist die Bilanz der politischen Reformen gemischt. Während die Vereinbarungen des Waffenstillstandsabkommen vom Frühjahr 2002 technisch erfüllt sind, gibt es nach wie vor weder einen `Fahrplan` für die demokratische Transition noch eine öffentliche Debatte über die Prioritäten des Wiederaufbaus.
- Die politische Szene wurde in den letzten Monaten stark von dem Reformprozess der *União Nacional para a Independência Total de Angola* (UNITA) dominiert, die Ende Juni einen für das Land beispielhaft demokratischen Parteitag organisierte. Dabei wählte die Partei den angesehenen ehemaligen Vertreter der UNITA in Paris, Isaías Samakuva zum Vorsitzenden und damit zum ersten Nachfolger des UNITA-Gründers und langjährigen Rebellenchefs Jonas Savimbi.
- Aussagen hochrangiger Regierungsvertreter und Empfehlungen des Rates der Republik zufolge ist mit den seit 1996 immer wieder aufgeschobenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zwischen Juni und September 2005 zu rechnen. Das sicherste Anzeichen dafür, dass sich Angola tatsächlich den Wahlen nähert, sind die Vorbereitungen der Parteigremien des *Movimento Popular para a Libertação de Angola* (MPLA) für ihren Kongress, der im Dezember stattfinden soll.
- Trotz des Fehlens einer Gesamtstrategie für den Wiederaufbau ist der Versuch der Regierung zu erkennen die (ausländischen) Direktinvestitionen anzukurbeln. Die mehrfach angekündigte Geberkonferenz für den Wiederaufbau des Landes ist dagegen nach wie vor nicht terminiert. Die wirtschaftliche Situation wird vom Internationalen Währungsfonds (IWF) aufgrund der fortgesetzt hohen Inflation als „delikat“ bezeichnet.
- Die soziale Lage in Angola bleibt auch nach Kriegsende desolat. Allerdings hat sich nach Angaben der Vereinten Nationen (VN) die humanitäre Lage in den Gebieten verbessert, zu denen die Hilfsorganisationen Zugang haben. Die VN rechnen damit, in den nächsten Monaten auch weiterhin bis zu 4 Millionen Menschen mit Hilfslieferungen versorgen zu müssen.

Frieden und Versöhnung für alle?

Anderthalb Jahre nach dem plötzlichen Kriegsende in Angola ist die Bilanz der politischen Reformen gemischt. Während die Vereinbarungen des Waffenstillstandsabkommens technisch erfüllt sind, gibt es nach wie vor weder einen Fahrplan für die demokratische Transition noch eine öffentliche Debatte über die Prioritäten des Wiederaufbaus. Auch von einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung zur Versöhnung und sozialen Integration der ehemaligen UNITA-Kämpfer und Vertriebenen ist wenig zu spüren. Dass die Regierung die Schließung der Sammellager für die UNITA-Demobilisierten Ende Juni 2003 nach einem mehrmonatigen Gerangel um die Fristen formal abschloss, zeugt eher von dem Wunsch nach „Normalität“ als von einer Anerkennung der tatsächlichen sozialen Realitäten. Ein Teil der insgesamt ca. 130 000 Soldaten und ihrer Familienangehörigen wurden nun stattdessen in sog. Transitlagern untergebracht, wo viele von ihnen bis heute unter prekärer Bedingungen ausharren, da an ihren Bestimmungsorten die Infrastrukturen unzureichend sind bzw. Landminen der Zugang verhindern. Laut dem jüngsten Bericht von OCHA, der Koordinationsinstanz für humanitäre Hilfe der Vereinten Nationen, leben in fünf Provinzen nach wie vor ehemalige UNITA-Kämpfer in den offiziell inexistenten Sammellagern.

Die geschäftsführende Parteispitze der ehemaligen Rebellenbewegung, die in den letzten sechs Monaten mehr mit sich selbst und ihrem internen Umstrukturierungsprozess beschäftigt war, beklagte mehrmals die ineffiziente und wenig systematische Rückführung und Betreuung ihrer ehemaligen Kämpfer, die potenziell ihre politische Basis darstellen. Doch schien der Gesprächsfaden zwischen der Regierung und der größten Oppositionspartei über mehrere Monate wie abgerissen, nachdem im November des Vorjahres die „*Comissão Conjunta*“ (Gemeinsame Kommission) eilig aufgelöst und die *United Nations Mission in Angola* (UNMA) im Februar abgezogen worden war. Hochrangige UNITA-Vertreter beklagten denn auch, dass es keinerlei Forum gäbe, um dringende Anliegen des Friedensprozesses zu besprechen.

Der im Dezember 2002 eingesetzte Premierminister Fernando de Piedade dos Santos („Nan-

do“) schien entgegen anfänglicher Hoffnungen nicht mehr der richtige Ansprechpartner für diese Anliegen zu sein. In den ersten sechs Monaten seiner Amtszeit war er damit beschäftigt, bei Besuchen in verschiedenen Sektorministerien und Staatsfirmen eine neue Regierungsdynamik zu demonstrieren und sich während seiner Reisen in die Provinzen Huambo, Zaire und Moxico volksnah und offen für die Probleme der einfachen Bevölkerung zu zeigen. Gleichzeitig gelang es ihm aber nicht über die Inkompetenz und Korruption einiger Regierungsmitglieder hinwegzutäuschen. Die Einsetzung eines Premiers als Koordinator der Regierungstätigkeit hat auch die Beziehungen zum schwachen Parlament nicht wesentlich verbessert. Dies zeigte sich während einer Anhörung zu verschiedenen Skandalen im Bereich öffentlicher Bau und Verkehr, die Anfang Juli stattfand. Dabei rügte das Parlament die Regierung für die unzureichenden Mechanismen der Qualitätskontrolle und einen Mangel an Rechenschaftspflicht (s.u.). Premier „Nando“ hielt es jedoch nicht für notwendig persönlich vor dem Parlament Rede und Antwort zu stehen und entsandte erst nach telefonischer Anfrage des Parlamentspräsidenten einen Stellvertreter.

Aufgrund der Kriegsbeendigung in Angola erfährt der bewaffnete Konflikt in der Enklavenprovinz Cabinda zusehends Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. In dieser Provinz, in der ca. 60 Prozent der angolanischen Ölreserven lagern, scheint die Regierung auf eine Doppelstrategie des Dialogs gepaart mit militärischen Offensiven zu setzen. Im Januar fanden Pressemeldungen zufolge informelle Gespräche mit Separatistenführern der verschiedenen Fraktionen der *Frente para a Libertação do Enclave de Cabinda* (FLEC) in Paris zur Befriedung der Provinz statt. Für die Regierung sei es wichtig, einen einzigen Gesprächspartner zu haben, erklärte der Generalsekretär der MPLA bei einem Besuch in der Enklave im Mai. João Lourenço unterstrich die Bereitschaft der angolanischen Regierung für einen offenen Dialog über einen Autonomiestatus und nachhaltige sozio-ökonomische Entwicklungsanstrengungen für Cabinda. Gleichzeitig erhöhte die Regierungsarmee den militärischen Druck auf die Separatistenbewegung FLEC-FAC. Im Juni ergaben sich sieben hochrangige FLEC-FAC-Militärs der Regierungsarmee, dar-

unter auch der Generalstabschef der Organisation. Die Zerschlagung der Militärstrukturen der Separatisten sowie die daraus entstehende Notwendigkeit der Rebellen, Unterschlupf in den Dörfern zu suchen hat dabei offensichtlich gravierende Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Zivilbevölkerung. In einem ersten Bericht zur Lage der Menschenrechte in der Provinz dokumentierten angolanische Menschenrechtler zahlreiche Fälle von Verhaftung, Folterung, und Mord auf beiden Seiten. In seinem Antrittsbesuch in der Provinz räumte der Ende Juni eingesetzte neue Generalstabschef der *Forças Armadas de Angola* (FAA) Agostinho Nelumba `Sanjar` „einzelne Übertreibungen einiger Elemente der Armee gegen Zivilisten ein“ und appellierte an die Zurückhaltung der Armee bei dem Umgang mit der Bevölkerung.

Die Metamorphose der UNITA zur demokratischen Partei

Im ersten Halbjahr wurde der politische Prozess von der Reform der ehemaligen Rebellenbewegung und wichtigsten Oppositionspartei UNITA dominiert. Im Mittelpunkt der Diskussionen und Spekulationen stand die auf dem 9. Parteikongress anstehende Wahl eines neuen Parteivorsitzenden. Seit dem Tod des bis dato einzigen UNITA-Vorsitzenden Jonas Savimbi im Februar 2002 war die Partei von dem geschäftsführenden Generalsekretär Lukamba Gato kommissarisch geleitet worden.

Gato nutzte zu Jahresbeginn die 3. Sitzung der Politischen Kommission, um die „verfrühten Kandidaturen“ einiger Kollegen für den Parteivorsitz zu kritisieren. Diese Ambitionen würden die Spaltungstendenzen verstärken und den Einigungsprozess der Partei behindern. Die Bemerkungen waren offensichtlich auf Isaiás Samakuva, den ehemaligen Vertreter der UNITA in der Gemischten Kommission (1995-1997) und in Paris (1997-2002) sowie den ehemaligen Fraktionschef Abel Chivukuvuku gemünzt, die eine Kandidatur nicht ausschlossen. Gato selbst kündigte in seiner Rede an die Politische Kommission an, nicht zur Wahl zu stehen: Er könne nicht gleichzeitig „Schiedsrichter“ und „Mitspieler“ sein.

Diese Position erntete zunächst Anerkennung bis Gato in verschiedenen Interviews einen Mei-

nungswechsel in diese Frage aufgrund „der an ihn gerichteten Erwartungen seiner Kollegen“ nicht mehr ausschloss. Überschattet wurde seine Kandidatur von Zeitungsmeldungen über eine angebliche Unterschlagung von Parteigeldern in Höhe von 4 Mio. US\$. Zwar kam ein interner Untersuchungsausschuss zu dem Ergebnis, dass eine Unterschlagung nicht stattgefunden habe, doch bemängelte er die mangelhafte Rechnungslegung der Parteiführung.

Der Juni war geprägt von einem Vorwahlkampf nach amerikanischem Muster, in dem sich Gato, Samakuva und der weitgehend unbekannte Eduardo Chingunji als dritter Kandidat Fernseh- und Radiodebatten lieferten und um die Zustimmung ihrer Parteikollegen warben. Abel Chivukuvuku stellte sich nicht zur Wahl, sondern fungierte stattdessen als Wahlkampfleiter Samakuvas. Im Wahlkampf ging es eher um die persönlichen Qualitäten der Kandidaten als um die programmatische Ausrichtung der Partei. Dem besonnenen und gebildeten 58-jährigen „Botschafter“ Isaiás Samakuva wurden dabei von Anfang an die meisten Chancen eingeräumt, da man ihm am ehesten zutraute, mäßigend auf die verschiedenen Parteiflügel wirken zu können. In den Radiodebatten wurde außerdem deutlich, dass er einen klaren Oppositionskurs gegenüber der MPLA befürwortete. Lukamba Gato (48) hatte dagegen nicht nur mit seinem Wortbruch und den Gerüchten über die angeblichen Unterschlagungen zu kämpfen, er wurde auch als Sprecher des militärischen Parteiflügels wahrgenommen. Seine engsten Verbündeten waren ausnahmslos Mitstreiter aus dem „Busch“, wie sein Wahlkampfleiter und Sekretär für internationale Beziehungen Alcides Sakala. Diese Gruppe sprach sich tendenziell für eine enge Zusammenarbeit mit der Regierungspartei aus. Als Präzedenzfall galten die bilateral zwischen den großen Parteien ausgehandelten Kompromisse zur Verfassungsreform, die bereits im Vorjahr wohl zu parteiinternen Verstimmungen geführt hatten. Daneben kandidierte auch der erwähnte Dino Chingunji (38), der dem „Renovada“-Flügel zuzurechnen ist.

Bei der Eröffnung des Parteitags am 24. Juni, zu der wichtige Politiker wie der Parlamentspräsident Roberto de Almeida, der Generalsekretär der MPLA João Lourenço sowie Verteidi-

gungsminister Kundi Paihama und Innenminister Osvaldo Van Dunem erschienen waren, wurde Samakuva bereits mit tosendem Beifall der 1250 Delegierten begrüßt. Am dritten Tag des Parteikongresses, der in einem neu erbauten Konferenzzentrum in Viana bei Luanda stattfand, wurde er mit 1067 Stimmen (80%) überraschend deutlich in geheimer Wahl zum Nachfolger Jonas Savimbis gewählt. Lukamba Gato brachte es mit 277 Stimmen nicht einmal zu einem Achtungserfolg und Chingunji lag mit 20 Stimmen völlig abgeschlagen. Die Besetzung anderer wichtiger Posten der Parteiführung fand nicht durch Wahlen statt. Samakuva ernannte den aus Nordangola stammenden ehemaligen Vertreter der UNITA in Deutschland Ernesto Mulato zu seinem Stellvertreter und Mário Camhali Vatuva zum neuen Generalsekretär. Weitere Umbesetzungen in der Parteispitze nahm Samakuva zwei Wochen nach dem Kongress vor, wobei Lukamba Gato keine spezielle Funktion in dem 25-köpfigen Exekutivkomitee mehr einnimmt.

Was die parteipolitische Programmatik angeht konnte der Kongress jedoch mit wenig Richtungsentscheidungen aufwarten. Die Arbeitsgruppe zu politischen Fragen legte neue - von militärischen Passagen bereinigte - Parteistatuten vor, die der Kongress verabschiedete und übte darüber hinaus Kritik an dem im Vorjahr ausgehandelten Kompromiss zur Verfassungsreform. Inwieweit die Partei zu diesem Kompromiss künftig stehen wird ist daher offen. Der Parteitag beschloss außerdem – wohl aus Entgegenkommen an den „Renovada“-Flügel - die Mitglieder der UNITA in der Regierung der nationalen Einheit und Versöhnung beizubehalten, die Regierungspolitik aber kritisch zu verfolgen. Darüber hinaus bestätigte der Parteitag die Beibehaltung der Parteivertretungen im Ausland. Eine eigene Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit den Problemen der sozialen Reintegration der ehemaligen UNITA-Kämpfer. Es wird damit gerechnet, dass der neue Parteivorsitzende demnächst den Kontakt zur Basis in den Provinzen sucht, um sich vor Ort mit der Lage der Demobilisierten zu befassen.

Wahlen: Läuft jetzt der Countdown?

Das sicherste Anzeichen dafür, dass sich Angola tatsächlich den Wahlen nähert sind die emsigen

Vorbereitungen der Parteigremien der MPLA für ihren Kongress, der im Dezember stattfinden soll. Auf einer Parteikonferenz Mitte Mai, wurden zahlreiche parteiinterne Reformen angekündigt. Staatspräsident und Parteivorsitzender José Eduardo dos Santos forderte in einer programmatischen und weithin beachteten Rede eine parteiinterne Demokratisierung und den endgültigen Bruch mit den Resten des demokratischen Zentralismus, „mit dem wir uns schon lange nicht mehr identifizieren“. Keiner dürfe Angst haben, seine Meinung frei innerhalb der Partei zu vertreten.

Dos Santos wies auf die Notwendigkeit einer Öffnung der Partei für engagierte und kompetente, parteilose Experten hin und räumte ein, dass die MPLA sich nicht mehr als eine Avantgardepartei definieren dürfe, die ihre Sicht der Dinge einer ganzen Gesellschaft aufdränge. Stattdessen hob er die Bedeutung der Partizipation und Einbeziehung der Zivilgesellschaft hervor. Der Staat dürfe heutzutage keinen Alleinanspruch auf die Erfüllung wichtiger öffentlicher Aufgaben mehr haben.

In der anschließenden Sitzung des Zentralkomitees wurden zahlreiche Reformansätze diskutiert. So überlegt man, das Amt des Generalsekretärs abzuschaffen. Diese Maßnahme wird als Anzeichen dafür gesehen, dass dos Santos tatsächlich einen Rückzug aus dem Präsidentenamt erwägt, gleichzeitig jedoch seine direkte Kontrolle über die Partei als deren Vorsitzender ausweiten will. Beschlossen wurde eine Evaluierung der Arbeit aller Mitglieder des ZK, die personelle Erneuerung des Gremiums auf dem nächsten Kongress um 45 Prozent sowie die Einführung einer Mindestquote für die Vertretung von Frauen in allen Führungsgremien der Partei von 30 Prozent. Ebenfalls verabschiedet wurde die Einführung der geheimen Abstimmung bei den Wahlen sowie die freie Kandidatur auf eigene Initiative innerhalb der Partei, wobei die Kandidaten allerdings die Unterstützung einer „Basisstruktur bzw. von Unterschriftenlisten“ nachzuweisen haben.

Nach jüngsten Angaben des Generalsekretärs der MPLA ist José Eduardo dos Santos nach wie vor der „natürliche“ und bislang einzige Kandidat für den Parteivorsitz. Spekuliert wird

darüber hinaus über die politische Zukunft des ehemaligen Premierministers Lopo de Nascimento, der beim Parteitag 1998 – angeblich aufgrund interner Intrigen - als Generalsekretär der Partei abgewählt wurde und nicht einmal mehr den Einzug in das Zentralkomitee schaffte. Ob er sich um den Parteivorsitz bewerben will ist offen. Nachgesagt werden De Nascimento aber starke Ambitionen auf das Amt des Staatspräsidenten. Dabei könnte er wohl auf die Unterstützung des unzufriedenen Reformflügels der Partei sowie evtl. mit einer Allianz anderer politischer Kräfte nach dem „kenianischen Modell“ hoffen.

Ob die Wahl zum Parteivorsitz bereits die Kandidatenkür für die Präsidentschaftswahlen darstellt ist nicht geklärt. Der Informationssekretär Norberto dos Santos hält einen Sonderparteitag im Vorfeld der Wahlen für „wahrscheinlich“. Sicherlich ist der ordentliche Parteitag der MPLA im Dezember jedoch ein wichtiger Schritt bei der Entscheidung über den Wahltermin, der nach wie vor nicht feststeht. Mitte Mai wies der Staatspräsident darauf hin, dass die Festsetzung eines Wahltermins auch von einer Entscheidung des Parlaments abhinge, das 1996 die Abhaltung von Wahlen gesetzlich an die Erfüllung verschiedener Voraussetzungen geknüpft habe (Reintegration, freie Bewegung etc.). Darüber hinaus müssten die notwendigen Mittel für die Organisation von Wahlen mobilisiert werden.

Kurz nach dem Kongress der UNITA tagte der Rat der Republik, in dem die im Parlament vertretenen Parteien sowie andere politische Institutionen vertreten sind. Das Beratungsgremium empfahl dem Präsidenten, weitere Konsultationen zu führen und in den Staatshaushalt für 2004 Mittel für die Wahlvorbereitung einzustellen. Der Rat kam ebenfalls zu dem Ergebnis, dass eine Volkszählung vor den Wahlen zu kostspielig und zeitaufwendig sei. Mit einer Empfehlung für einen konkreten Wahltermin für das Jahr 2005 ist bei dessen nächster Sitzung im Dezember – nach dem MPLA-Kongress - zu rechnen.

Wiederaufbau ohne Plan...

Die im Vorjahr mehrfach angekündigte Geberkonferenz für den Wiederaufbau des Landes ist nach wie vor nicht terminiert. Deren Erfolg hängt von der Unterbreitung konkreter Entwicklungsprojekte der angolanischen Regierung ab,

die einen klaren Bezug zur Armutsbekämpfung aufweisen müssen. Wie Vertreter der internationalen Gemeinschaft wiederholt betont haben, sind auch gute Beziehungen der Regierung zu den Bretton-Woods-Institutionen Voraussetzung für den Erfolg der Geberkonferenz. Hier ist die Bilanz gemischt. Während die Regierung im März mit der Weltbank einen Vertrag über 125 Mio. US\$ Wiederaufbauhilfe unterzeichnen konnte, die für die Reintegration von Demobilisierten und die Rehabilitierung von Infrastrukturen vorgesehen ist, blieben die Beziehungen zum IWF weiterhin unterkühlt. Dafür gibt es mehrere Gründe, wie etwa die Tatsache, dass Angola seine Schuldentilgung, u.a. gegenüber Portugal, bilateral aushandelt und abwickelt, sowie die unzureichenden Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz und zur Verbesserung der makroökonomischen Rahmenbedingungen allgemein. Eine Mission des IWF bezeichnete die wirtschaftliche Situation kürzlich aufgrund der fortgesetzt hohen Inflationsrate als „delikat“ und ein Abkommen mit dem IWF als „verfrüht“. Für dieses Jahr rechnet der Finanzminister immerhin mit einer Inflationsrate von 65 Prozent. Da dem Land vergünstigte Kredite auf absehbare Zeit verwehrt bleiben, sah sich die Regierung erneut gezwungen, zur Deckung des Nachtragshaushalts kommerzielle Kredite gegen Verpfändung von zukünftigen Öleinnahmen in Höhe von 1,15 Mrd. US\$ aufzunehmen.

Trotz des Fehlens einer Gesamtstrategie für den Wiederaufbau ist der Versuch seitens der Regierung zu erkennen die (ausländischen) Direktinvestitionen anzukurbeln. Der rege Zuspruch vorrangig portugiesischer Firmen zu der Bau- und Industriemesse „*Constroi Angola*“ im April sowie die zahlreichen Unternehmerdelegationen aus dem Ausland (Brasilien, Portugal, Südafrika) zeugen von einem großen Interesse internationaler Wirtschaftsunternehmen am Wiederaufbau. Im Juni warb ein Regierungsteam unter Leitung des Finanzministers in London und Porto vor Unternehmern für die Investitionschancen in Angola und stellte die kürzlich verabschiedeten Investitionsgesetze vor, die den Mindesteinsatz für ausländische Direktinvestitionen reduzieren, die bürokratischen Vorgaben vereinfachen sowie die in- und ausländischen Investitionstätigkeiten gleichstellen. Nach wie vor ungeklärt ist die für

ausländische Investoren wichtige Frage nach der Regelung von Landnutzung bzw. –besitz. Die entsprechende Gesetzgebung befindet sich noch in der Diskussion.

...bei nachhaltiger Intransparenz

Hinsichtlich der geforderten Transparenz bei Nachweis und Verwendung der Öleinnahmen sowie der besseren Regierungsführung konnten im ersten Halbjahr keine sichtbaren Fortschritte erzielt werden. An einer Mitte Juni von der britischen Regierung im Rahmen der *Extractive Industry Transparency Initiative* (EITI) organisierten Konferenz nahmen Regierungsvertreter Angolas zwar teil, unterzeichneten jedoch keine Selbstverpflichtung, ebenso wenig wie der in Angola stark engagierte Ölkonzern Chevron-Texaco. Lediglich *British Petrol* (BP) verpflichtete sich zur Offenlegung seiner Bonuszahlungen. Dagegen wurde vor kurzem der Chevron-Texaco-Development-Plan bekannt, nach dem ca. 50 Mio. US\$ über einen Fonds zu Aufbau und Förderung der angolanischen Privatwirtschaft fließen sollen. Der Fonds wird von dem Ölkonzern gemeinsam mit der amerikanischen Entwicklungsagentur USAID sowie dem Entwicklungsprogramm der VN (UNDP) verwaltet.

Im sog. „Angolagate“-Skandal wurde im Mai ein weiteres Kapitel geschrieben, nachdem der Schweizer Richter Daniel Devaud ankündigte, eingefrorene und illegal auf Privatkonten angolanischer Politiker liegende Gelder würden an das angolanische Volk zurückgegeben. Zeitungsberichten zufolge handelte es sich dabei um Kommissionszahlungen in Höhe von ca. 80 Mio. US\$, die an vier angolanische Politiker für die Schuldenverhandlungen mit Russland geflossen waren. Namentlich genannt wurden neben dem Präsidenten selbst der derzeitige Industrieminister Joaquim David, der Leiter des Präsidentenamtes Jose Leitão da Costa e Silva sowie der Botschafter Elisio de Figueiredo. Die Gelder sollen nun über einen Fonds der Schweizer Kooperation in soziale und humanitäre Projekte zurückgeleitet werden. Ein entsprechendes Abkommen wurde von Finanzminister José Pedro Morais im Juni in Bern unterzeichnet, nachdem José Eduardo dos Santos seine Reise in die Schweiz kurzfristig abgesagt hatte.

Ein weiterer Skandal, der auch international für

Schlagzeilen sorgte betraf das Verschwinden eines Großflugzeugs vom internationalen Flughafen Luandas Ende Mai. Das von der – angeblich angolanischen Militärs nahestehenden - Firma Air Angola gecharterte und zu Zwecken des Treibstofftransports umgebaute Flugzeug hatte nach mehreren Monaten Stillstand das Flughafengelände ohne Starterlaubnis mit unbekanntem Bestimmungsort verlassen. Zeitungsberichten zufolge soll die Boeing 727 mit neuem Kennzeichen in Nigeria bzw. Guinea gesichtet worden sein. Eine von José Eduardo dos Santos eingesetzte Untersuchungskommission unter Leitung des Transportministers war bis Anfang Juli noch zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis gelangt. Eine weitere Kommission – nunmehr unter direkter Leitung des Präsidenten - soll jetzt die Untersuchung des Falles übernehmen. Der amerikanische Geheimdienst hatte nach Berichten die Befürchtung geäußert, die Boeing könne für terroristische Zwecke genutzt werden.

Rückkehr ins Niemandsland

Nach Angaben der VN hat sich die humanitäre Lage in allen Gebieten verbessert, die den Hilfsorganisationen zugänglich sind. Allerdings rechnen die VN nach wie vor damit, in den nächsten Monaten bis zu 4 Millionen Menschen mit Hilfslieferungen versorgen zu müssen. Neben Nothilfe geht es dabei nun vorrangig um erstes Saatgut und Geräte für die kommende landwirtschaftliche Saison, für die nur ein Drittel der angeforderten (US \$ 314 Mio.) Mittel bereitstehen.

Die humanitäre Arbeit hat sich jedoch dadurch verkompliziert, dass ca. 1,5 Millionen der intern Vertriebenen und 91 000 Flüchtlinge aus den Nachbarländern spontan in teilweise unzugängliche und durch Landminen verseuchte Gebiete zurückgekehrt sind und dort aufgrund der unzureichenden Lebensbedingungen versorgt werden müssten. Auch die inzwischen von dem Hochkommissariat für Flüchtlinge, der angolanischen Regierung und einigen Nachbarländern vereinbarte Rückführung der ca. 450 000 Flüchtlinge verzögerte sich aufgrund der Explosion von Panzerminen auf den Zugangsstraßen. Mit dem Abschluss der Repatriierung wird erst gegen Ende des nächsten Jahres gerechnet.

Zeichen der sozialen Krise

Auch sonst hat sich die soziale Lage in Angola nach Kriegsende keinesfalls verbessert. Auf dem Index der Humanentwicklung der Vereinten Nationen ist Angola im letzten Jahr sogar vom 161. auf den 164. Platz abgerutscht. Es erstaunt daher nicht, dass das erste Halbjahr von zahlreichen Protestaktionen und Streiks in verschiedenen Sektoren geprägt war, die auf die desolaten Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit aufmerksam machten.

Im April organisierte die Lehrgewerkschaft SINPROF in verschiedenen Provinzen Streikaktionen um gegen den Rückstand bei der Zahlung der Gehälter zu protestieren. Im Juni forderten die Ärzte im öffentlichen Dienst eine Anpassung ihrer Gehälter und protestierten gegen die ungleiche Bezahlung in verschiedenen staatlichen Krankenhäusern. Sie begannen – ebenso wie die Staatsanwälte - mit der Gründung einer eigenen Gewerkschaft und legten der Regierung Forderungskataloge vor. Ab Mitte Juni trat die Hochschullehrer-Gewerkschaft in den Ausstand, der bis Mitte Juli noch andauerte und den Betrieb der einzigen staatlichen Universität lahm legte. Forderungen bezogen sich auf die Einhaltung bereits im Vorjahr ausgehandelter Kompromisse bezüglich der regelmäßigen Anpassung der Gehälter an die Geldentwertung sowie die Ratifizierung der Konvention von Arusha zur Anerkennung von Hochschuldiplomen. Weitere Protestaktionen in der Hauptstadt wurden von demobilisierten Soldaten der ehemaligen Streitkräfte *Forças Armadas Populares para a Libertação de Angola* (FAPLA) vor dem Parteigebäude der MPLA organisiert und hatten die Bezahlung von Abfindungen zum Ziel. Die Schülerverbände forderten die Einführung von Sonderermäßigungen, nachdem die Preise für den öffentlichen Nahverkehr im April um 200 Prozent erhöht worden waren. Eine Demonstration der Kleinstpartei PDPANA am 3. Juni gegen die Intransparenz im Umgang mit Erlösen aus der Ölförderung wurde von der Polizei gewaltsam aufgelöst, nachdem sie von der Provinzregierung für illegal erklärt worden war. Die Parteiführer wurden vorübergehend in Haft genommen, bis das Provinzgericht das Verbot der Demonstration für unzulässig erklärte, da der Erlass lediglich die

Unterschrift der Sekretärin des Gouverneurs trug.

Streit um Menschenrechte und Medienfreiheit

Hinsichtlich der Menschenrechtslage ist, mit Ausnahme der Provinz Cabinda (s.o.), eine leichte Verbesserung zu verzeichnen. Laut dem im April veröffentlichten Menschenrechtsbericht des US-amerikanischen *State Departments* machten sich allerdings die Sicherheitskräfte der fortgesetzten Verletzung der Menschenrechte schuldig. Seit dem Ende des Krieges gingen diese Verletzungen vorrangig auf das Konto der Polizei, die – teils mit Wissen der Regierung - auch an Erpressungen und Überfällen beteiligt sei. Das Justizsystem sei starker politischer Beeinflussung ausgesetzt und vielfach korrupt. Der Bericht rief vor allem wegen der Behauptung heftige Reaktionen offizieller Stellen hervor, der zufolge ca. 50 Prozent der staatlichen Einnahmen nicht im Staatshaushalt deklariert würden.

Anfang des Jahres schienen die Zeichen in der Medienlandschaft auf Sturm zu stehen, nachdem der Informationsminister den katholischen Radiosender `Ecclesia` als „Terroristenradio“ beschimpft hatte. Diese als offene Einschüchterung empfundene Aussage kam kurz vor der geplanten Ausweitung des Radios auf verschiedene Provinzen und veranlasste die katholische Bischofskonferenz zur Abgabe einer Erklärung, in der sie um Entschuldigung für eventuelle Verunglimpfungen angolanischer Amtsträger, insbesondere des Staatspräsidenten, bat. Sie forderte jedoch gleichzeitig mehr Verständnis dafür, dass die in Hörsendungen geäußerten Meinungen nicht die Redaktionsmeinung widerspiegeln.

Darüber hinaus erhitzten sich die Gemüter über einen Artikel der privaten Wochenzeitung *Angolense*, der unter der Überschrift „Unsere Millionäre - Reichtum hat die Farbe gewechselt“ über den erstaunlichen Reichtum angolanischer Politiker berichtete. Das Blatt druckte dabei Namenslisten der reichsten Politiker ab. Daraufhin kündigten verschiedene Betroffene Verleumdungsklagen gegen die Zeitung an. Nach öffentlichen Stellungnahmen, u.a. seitens der MPLA, der Armee sowie des Präsidentenamtes nahm die Staatsanwaltschaft gegen die Zeitung Ermittlungen auf.

Dass der Prozess einer echten nationalen Versöhnung noch ganz am Anfang steht zeigten ebenso verschiedene Hetzartikel in der regierungsnahen Tageszeitung *Jornal de Angola*, in denen Anfang des Jahres offen zu Gewalt gegen die UNITA-Verantwortlichen aufgerufen und die Rücknahme der Amnestie für UNITA-Kämpfer gefordert wurde. Die teils in Lokalsprache Kimbundu abgefassten Traktate sprachen sich gegen die Entwaffnung der Zivilbevölkerung aus und warnten die UNITA-Leitung, dass sie nicht noch einmal ungeschoren davon kommen würde, falls sie zu weit ginge. Die Schärfe in Ton und Aussage schien ausgelöst von den Ehrungen der Partei für den Rebellenführer Savimbi anlässlich seines einjährigen Todestages sowie die erklärte Absicht, eine Jonas Savimbi-Stiftung zu begründen.

Trotz dieser Zwischenfälle scheint die Reform des Pressegesetzes auf einem guten Weg zu sein. Sie ist zwar nach wie vor in den Händen der dafür im Vorjahr eingerichteten partitätisch besetzten Medienreformkommission, doch erste Aussagen des Informationsministers und Interviews mit dem Kommissionsvorsitzenden lassen auf die Vorlage eines progressiven Gesetzentwurfes hoffen, der eine unabhängige Regulierungsinstanz für Medien sowie die Freigabe der Radio und TV-Frequenzen vorsehen könnte.

Angola auf der Weltbühne: Eiertanz um den Irak

Das Debut Angolas im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geriet angesichts des Irakkrieges zum Drahtseilakt. Die bis heute nicht klar definierte Position der angolanischen Regierung führte dabei zu Spekulationen im In- und Ausland. Für ein stillschweigendes Dulden der amerikanischen Position ausschlaggebend war letztendlich die enge Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen mit den USA. Kurz nach einigen Blitzbesuchen von Walter Kansteiner, dem französischen Außenminister Dominique de Villepin und Entsandten der britischen Regierung brachte die Regierung in einer offiziellen Erklärung vor dem angolanischen Parlament ihre Ablehnung des Krieges im Irak zum Ausdruck. Fast gleichzeitig betonte der US-amerikanische Botschafter in Luanda, Angola sei „Teil der Koalition“. Das Land tauchte auch auf der Website des Weißen

Hauses als einer von 49 Unterstützerstaaten des Irak-Krieges auf. Dagegen verurteilte der internationale Sekretär der MPLA sowie die regierungsnahen Presse die „imperialistische Haltung“ der amerikanischen Außenpolitik. Die widersprüchlichen Informationen und Standpunkte der politischen Führung führten in der angolanischen Öffentlichkeit zu Spekulationen, was Angola als 'Gegenleistung' von amerikanischer Seite bekommen habe.

Die angolanische SADC-Präsidentschaft verlief bislang ohne Hindernisse, aber auch ohne größere Impulse. Im März wurde in Luanda das integrierte Ministerkomitee zur Steuerung der Reformprozesse der SADC konstituiert. Darüber hinaus fand auf Initiative des SADC-Präsidenten Dos Santos Ende Juni ein Gipfel zur AIDS-Pandemie im südlichen Afrika in Maseru statt. In die Krise in Zimbabwe mischte sich der SADC-Chef jedoch in keiner Weise ein. Der erste offizielle Besuch eines angolanischen Außenministers in Zimbabwe diente zwar der Vorbereitung des Besuchs des Staatspräsidenten anlässlich der Handelsmesse von Bulawayo, doch ließ sich dos Santos kurzfristig von seinem Premierminister vertreten. Dagegen blieb das Land weiterhin aktiv bei der Vermittlung zur Umsetzung der Friedensverträge in der Demokratischen Republik Kongo (DRK). Bereits im Februar trafen sich Vertreter der DRK, Ugandas und der MONUC in Luanda, um die Ituri-Friedenskommission zu installieren. Mitte Juni besuchte eine Mission des VN-Sicherheitsrates Luanda, um sich über die Situation in der DRK zu beraten.

Ausblick

Für das nächste halbe Jahr stehen wichtige politische Richtungsentscheidungen für die Demokratisierung und Friedenskonsolidierung an. Besondere Bedeutung kommt dabei den Personal- und Sachentscheidungen des MPLA-Kongresses im Dezember zu. Darüber hinaus dürfte bis Ende des Jahres ein Zeitplan bis zu den nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vorliegen. Auch eine klare Vorgehensweise und ein Kalender für andere politische Reformen wie die Verfassungsreform, deren Abschluss vor den Wahlen vom Rat der Republik als notwendig erachtet wird, sowie die Dezentralisierung sollten

bis dahin bestimmt sein. Große Priorität hat mittelfristig der Aufbau einer unabhängigen Justiz und eines verlässlichen Rechtsstaates. Einer Geberkonferenz für den Wiederaufbau Angolas wird nur bei stark verbesserter Transparenz im Umgang mit öffentlichen Geldern in Kombination mit der Definition klarer entwicklungspolitischer Prioritätensetzungen Erfolg beschieden sein. Darüber hinaus wird sich die Regierung auf der Weltbühne angesichts anderer globaler Brennpunkte um die Aufmerksamkeit der Geberländer stark bemühen müssen.

Zur Autorin:

***Dr. Sabine Fandrych** leitet seit September 2000 das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Luanda/Angola*